

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4183

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4183



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

Krankenkassen-
prämien



1'000 Fr.
höhere Steuerabzüge =
weniger zahlen!

Gerechtigkeits- Initiative **JA**

Medienkonferenz des Abstimmungskomitees «JA zur Gerechtigkeits-Initiative»

Abstimmung vom 27. November 2022 im Kanton Zürich:

Gerechtigkeit schaffen – Abzug der Krankenkassen-Prämien an die Realität anpassen (Gerechtigkeits-Initiative)

Ort: Halle 9
Thurgauerstrasse 11
Zürich-Oerlikon

Datum: 31. Oktober 2022

Zeit: 7.45 Uhr

Am 27. November 2022 kommt im Kanton Zürich nur die Gerechtigkeits-Initiative zur Abstimmung. Es gibt auch keine Vorlage auf Bundesebene.

An konkreten Beispielen zeigen Ihnen folgende Referenten auf, wie die Gerechtigkeits-Initiative den Mittelstand nachhaltig vor dem Prämien-Schock bei den Krankenkassen schützt:

Aus Sicht einer fünfköpfigen Familie:

Andrina Trachsel

Aus Sicht des Mittelstandes:

Nina Fehr Düsel

Aus Sicht junger Erwachsener:

Jeffrey Ferpozzi

Aus Sicht der Rentner:

Samuel Ramseyer

Krankenkassen-
prämien

1'000 Fr.
höhere Steuerabzüge =
weniger zahlen!

Gerechtigkeits- Initiative **JA**



Medienmitteilung, 31. Oktober 2022

Mit der Gerechtigkeits-Initiative den Prämien-Schock bei den Krankenkassen verhindern

Die Gerechtigkeits-Initiative hilft Menschen in Not

Familien mit Kindern, junge Erwachsene, Rentner und ganz allgemein der Mittelstand kommen durch den Prämien-Schock bei den Krankenkassen massiv unter Druck. Das Initiativkomitee zeigt an konkreten Beispielen auf, wie die Gerechtigkeits-Initiative den Menschen hilft.

Strom, Mieten, Nahrungsmittel, Dienstleistungen oder Konsumgüter – alles wird teurer. Die Preissteigerungen sind teilweise massiv. Der Prämien-Schock bei den Krankenkassen von 7,1% im Kanton Zürich kommt also zum dümmsten Zeitpunkt. «Für viele Familien sind diese finanziellen Zusatzbelastungen nahezu untragbar. Zudem wird die Freizeitgestaltung mit Kindern immer teurer», zeigt **Andrina Trachsel** als Ehefrau und Mutter von drei Kindern auf.

Der Prämie-Schock trifft hart

Die Krankenkassenprämien haben sich seit Einführung des Obligatoriums um rund 230% erhöht. Währenddessen die Löhne sich um rund 150% erhöht haben. **Nina Fehr Düsel** ergänzt: «Für viele Familien bedeutet der Prämien-Schock eine Zusatzbelastung von rund 100 Franken pro Monat.» Der Mittelstand und die Familien leiden am meisten. Es braucht also rasch eine nachhaltige Lösung.

Gerechtigkeit ist wichtig

Der finanzielle Ausgleich zwischen den Generationen ist ein wichtiges Fundament unserer Gesellschaft. Doch gerade dieser finanzielle Ausgleich wird immer stärker belastet. **Jeffrey Ferpozzi** als Vertreter der jungen Generation: «Wir müssen gemeinsam gute und für alle tragbare Rahmenbedingungen für die junge Generation schaffen. Es darf nicht sein, dass die ständig steigenden Abgaben ganze Generationen in ihrer Lebensgestaltung bremsen.» Die Gerechtigkeits-Initiative leistet hier einen wichtigen Beitrag.

Die Gerechtigkeits-Initiative ist nachhaltig

Wie die Kostenexplosion der letzten 20 Jahre zeigt, wird der Mittelstand auch zukünftig unter steigenden Krankenkassenprämien leiden. Doch der Steuerabzug bleibt bislang im Kanton Zürich seit Jahren gleich tief. Dies ist besonders auch für Rentner ein finanzielles Problem. «Mit Fug und Recht kann man sagen, dass sich die Kaufkraft der Renteneinkommen aus den Pensionskassen und aus der AHV in den letzten Jahren erheblich verringert hat», führt **Samuel Ramseyer** aus.

Mit einem **JA zur Gerechtigkeits-Initiative** erhöht sich der Steuerabzug pro erwachsene Person um 1000 Fr. und pro Kind um 200 Fr. Zudem ist es eine nachhaltige Entlastung: Bei zukünftigen Prämiensteigerungen steigt auch der Steuerabzug. Der Mittelstand, Familien mit Kindern, junge Erwachsene und Rentner werden nachhaltig von den steigenden Krankenkassenprämien entlastet. **Die Abstimmung findet im Kanton Zürich am 27. November 2022 statt.**

Am 27. November 2022 im Kanton Zürich: **JA zur Gerechtigkeits-Initiative**
gerechtigkeitsinitiative.ch

Krankenkassen-
prämien

1'000 Fr.
höhere Steuerabzüge =
weniger zahlen!

Gerechtigkeits- Initiative **JA**



Die Gerechtigkeits-Initiative aus Sicht einer fünfköpfigen Familie

Von Andrina Trachsel

Sehr geehrte Medienschaffende

Die Preissteigerung für Strom, Lebensmittel und Dienstleistungen sind bereits Realität. Als Mutter von drei Kindern weiss ich, was das für das Haushaltsbudget einer Familie bedeutet. Als wäre dem nicht genug, wurde uns dann auch noch durch Bundesrat Alain Berset die massive Erhöhung der Krankenkassenprämien bekannt gegeben. Im Kanton Zürich steigen diese durchschnittlich um 7,1 Prozent. **Wir als Familie werden im kommenden Jahr über 13`000 Franken Krankenkassenprämien bezahlen müssen.** Notabene mit der höchsten Franchise für alle Familienmitglieder. Sollte somit der Worst Case mal eintreffen, wären unsere Ausgaben dann bei 15`000–20`000 Franken im Jahr.

Wir waren bis anhin in der glücklichen Lage, dass wir alle stets gesund waren und unser Gesundheitssystem wenig bis gar nicht in Anspruch nehmen mussten. Trotzdem bezahlen wir Monat für Monat diese hohen Krankenkassenprämien.

Für viele Familien sind diese finanziellen Zusatzbelastungen nahezu untragbar. Zudem wird die Freizeitgestaltung mit Kindern immer teurer. Seien dies Vereinsabgaben, Familienausflüge oder auch einfach mal ein Essen auswärts in einem Restaurant – viele Familien können sich das neben den steigenden Lebensunterhaltskosten nicht mehr leisten.

Der Prämienschock für das kommende Jahr bedeutet für eine fünfköpfige Familie eine jährliche Zusatzbelastung von ungefähr 800 Franken, was für sie in etwa einem Monatsbudget für Nahrungsmittel entspricht.

Im Vergleich zu unseren Nachbarkantonen tragen wir Zürcherinnen und Zürcher im Durchschnitt die höchste Prämienlast. Gleichzeitig können wir aber am wenigsten von den Steuern abziehen. Das führt zu einer enormen finanziellen Belastung, somit bleibt vielen Familien in unserem Kanton merkbar weniger zum Leben.

Der Zürcher Regierungsrat unterbreitete dem Kantonsrat im Mai 2021 einen Gegenvorschlag, welcher wohl eine minimale Entlastung beinhaltet, aber für Familien keinen relevanten Unterschied macht, da dieser weder Abzüge für Kinder noch zukünftige Anpassungen des Steuerabzuges vorsieht. Der Antrag des Regierungsrates mit einer «homöopathischen» Erhöhung des Steuerabzuges für Erwachsene um 300 Franken wurde vom Kantonsrat gutgeheissen. Eine spürbare Entlastung in unserer Familienkasse würde es mit diesem Gegenvorschlag nicht geben.

Wir müssen die Familien in unserem Kanton stärken und sie nicht unnötig mit steigenden Abgaben belasten. **Dazu brauchen wir ein Ja zur Gerechtigkeits-Initiative. Denn nur ein Ja zur Gerechtigkeits-Initiative wird uns Zürcher Familien eine nachhaltige und wiederkehrende Steuerentlastung schaffen.**

Krankenkassen-
prämien



1'000 Fr.
höhere Steuerabzüge =
weniger zahlen!

Gerechtigkeits- Initiative **JA**

Die Gerechtigkeits-Initiative aus Sicht des Mittelstandes

Von Nina Fehr Düsel

Sehr geehrte Medienschaffende

Am 27. November 2022 haben wir die Möglichkeit, mit der Gerechtigkeits-Initiative den Mittelstand zu entlasten. Die Krankenkassenprämien haben sich nämlich seit Einführung des Obligatoriums um ca. 230 Prozent erhöht, währenddessen die Löhne sich um ca. 150 Prozent erhöht haben.

Somit rennt die Zunahme der Prämien, welche eine wesentliche Belastung für den Mittelstand und insbesondere für Familien ist, den Lohnerhöhungen massiv davon. **Nun steigen die Prämien im Kanton nochmals um 7,1 Prozent an. Für viele Familien bedeutet dies pro Monat Prämien erhöhungen von rund 100 Franken.** Trotz dieser Erhöhung ist der Abzug der Krankenkassenprämien in der Steuererklärung über die letzten Jahre unverändert geblieben (2600 Franken für Erwachsene und 1300 Franken für Kinder). Obwohl im Kanton Zürich im Vergleich zu den Nachbarkantonen die höchsten Prämien bestehen, kann dennoch am wenigsten von der Steuer abgezogen werden.

Diese **versteckte Steuererhöhung** auf dem Buckel des Mittelstandes ist ungerecht. Ausserdem wird die Zürcher Bevölkerung im Vergleich zu anderen Kantonen benachteiligt. Die einzige Lösung, um den Mittelstand zu entlasten, ist ein Abzug bei den Kosten vom Einkommen bei der Steuererklärung. Dies führt zu einer tieferen Steuerrechnung und somit zu einer Ersparnis. Dies ist eine Kompensation für den gebeutelten Mittelstand. **1000 Franken pro Person und 200 Franken pro Kind zusätzlicher Abzug sind ein Beitrag, welcher die Prämien erhöhungen abfedern würde.** Der Gegenvorschlag des Regierungsrates geht hier viel zu wenig weit.

Dem Einwand, dass Personen mit kleinem Einkommen nicht profitieren, sei entgegengesetzt, dass diese durch enorme Prämienverbilligungen bereits heute massiv entlastet werden. Besserverdienende und Familien, welche keine exorbitanten Löhne haben, müssen jetzt mit Steuerabzügen und tieferen Steuern entlastet werden. **Der Mittelstand kommt je länger je mehr unter die Räder**, weil die Umverteilung und Subventionierungen immer mehr zunehmen. Die Krankenkassenprämien sind nur ein Beispiel.

Die **Gerechtigkeits-Initiative** ist somit nicht nur etwas Gutes für das Portemonnaie des Mittelstandes, sondern auch etwas, um der ungesunden Umverteilung Paroli zu bieten. Dazu kommt, dass der Bundesrat das Kostenwachstum überhaupt nicht im Griff hat. Eine Lösung für tiefere Prämien ist nicht vorhanden. Auch ein Wechsel zu einer anderen Krankenkasse bringt heute keine grosse Ersparnis mehr, weil inzwischen alle Kassen teuer sind und überall die Prämien angestiegen sind. Vom BAG können wir leider in den kommenden Jahren nichts erwarten, was zu Kosteneinsparungen im Gesundheitswesen führen würde.

Die Zürcherinnen und Zürcher haben es am 27. November 2022 mit einem **Ja zur Gerechtigkeits-Initiative** in der Hand, ein Zeichen zu setzen, um Steuern zu senken. Hiermit können wir den Mittelstand entlasten und gleichzeitig ein klares Signal an die Politik senden, dass wir nicht mehr bereit sind, der Kostenexplosion tatenlos zuzusehen. Besten Dank.

Am 27. November 2022 im Kanton Zürich: **JA zur Gerechtigkeits-Initiative**
gerechtigkeitsinitiative.ch

Krankenkassen-
prämien

1'000 Fr.
höhere Steuerabzüge =
weniger zahlen!

Gerechtigkeits- Initiative **JA**



Die Gerechtigkeits-Initiative aus Sicht junger Erwachsener

Von Jeffrey Ferpozzi

Sehr geehrte Medienschaffende

3450 Franken: Diesen Betrag werde ich nächstes Jahr für die Krankenkassenprämien aufbringen müssen. Trotz der höchsten Franchise und dem günstigsten Versicherungsmodell ist kein tieferer Preis für mich möglich. Für Kritiker der Gerechtigkeits-Initiative dürfte dieser Betrag lächerlich aussehen, **doch gerade für viele junge Menschen sind die steigenden Prämien eine stetig anziehende Bremse.** Es ist eine anziehende Bremse, welche junge Menschen in ihrer Lebensverwirklichung verlangsamt.

Wissen Sie, ich bin jung, gesund und arbeitstätig. Ich träume, wie viele in meiner Generation, von einer finanziell sicheren Zukunft. Unsere Generation hat viele Träume. Sei es jetzt eine eigene Wohnung, ein Unternehmen gründen oder eine Weiterbildung zu absolvieren. Wir möchten uns in unserem Leben verwirklichen. Doch vieles davon dürfte ein Traum bleiben, denn wir werden durch ständig steigende Abgaben und Steuern zurückgehalten. Die finanzielle Last auf unseren Schultern wird immer grösser.

Die Politik erwartet von jungen Menschen eine Art finanzielle Solidarität. Bei der AHV finanzierten vor 60 Jahren noch sechs Erwerbstätige die Rente einer Person. Heute tragen nur noch 3,4 junge Menschen diese finanzielle Aufgabe. Bei der beruflichen Vorsorge ist seit Jahren eine systemfremde Umverteilung von Jung zu Alt zu beobachten, Tendenz steigend. Die Schulden aus der Pandemie betragen 26 Milliarden Franken. Gemäss Bundesrat Ueli Maurer dauert die Rückzahlung über 15 Jahre. Junge Arbeitstätige werden dafür am längsten die Verantwortung übernehmen müssen. Genauso gibt es eine finanzielle Solidarität zwischen jungen, gesunden Menschen und Kranken bei den Krankenkassenprämien.

Der finanzielle Ausgleich zwischen den Generationen, wie in der AHV oder auch bei den Krankenkassenprämien, ist ein wichtiges Fundament unserer Gesellschaft. Doch gerade dieser finanzielle Ausgleich wird immer stärker strapaziert. Gerade in Krisenzeiten – wie in der Pandemie oder der bevorstehenden Energiekrise – ist die Versuchung gross, die finanzielle Last auf zukünftige Generationen zu übertragen. Das kann und darf nicht die Lösung für jede Krise sein.

Es darf nicht sein, dass die ständig steigenden Abgaben ganze Generationen in ihrer Lebensgestaltung bremsen. Mit der Gerechtigkeitsinitiative gibt es jetzt eine Chance, auch junge Menschen zu entlasten. **Es ist eine Möglichkeit, junge Menschen in ihrer individuellen Lebensgestaltung zu stärken. Aus diesem Grund sage ich am 27. November überzeugt JA zur Gerechtigkeits-Initiative.**

Am 27. November 2022 im Kanton Zürich: **JA zur Gerechtigkeits-Initiative**
gerechtigkeitsinitiative.ch

Krankenkassen-
prämien



1'000 Fr.
höhere Steuerabzüge =
weniger zahlen!

Gerechtigkeits- Initiative **JA**

Gerechtigkeits-Initiative aus der Sicht eines Rentners

Von Samuel Ramseyer

Sehr geehrte Medienschaffende

Niemand wird bestreiten, dass sich die Krankenkassenprämien in den letzten Jahren exorbitant erhöht haben und ein normales Familienbudget stark belasten. Seit Einführung der obligatorischen Krankenversicherung – was auch den Wettbewerb im Bereich der Grundversicherung ausgeschaltet hat – verdoppelte sich die durchschnittliche Prämie um mehr als die Hälfte.

Davon betroffen sind nicht nur Familien, sondern gleichermassen auch Rentner und Rentnerinnen. **Zusätzlich werden die Rentnerhaushalte auch mit dem fehlenden Teuerungsausgleich auf den meisten Renten belastet.** Ich selbst kam seit meiner Pensionierung im Jahr 2008 nie in den Genuss einer Anpassung meiner Rente aus der Pensionskasse. Die Ausnahme sind hier die AHV-Renten, deren Höhe alle zwei Jahre – zwar unzureichend, aber immerhin – an die Teuerung angepasst wird.

Mit Fug und Recht kann man behaupten, dass sich die Kaufkraft der Renteneinkommen aus den Pensionskassen und aus der AHV in den letzten Jahren erheblich verringert hat. Oder anders gesagt: Die Rentner werden von Jahr zu Jahr ärmer. Das trifft insbesondere Rentnerhaushalte mit geringem Einkommen, die zahlreicher vorhanden sind, als man gemeinhin glaubt. **Es wird deshalb Zeit, dass der Krankenkassen-Prämienabzug, welcher bei den Steuern geltend gemacht werden kann, der Realität angepasst wird.**

Dass Höchstbeträge für die Abzüge jeweils auf Beginn jeder Steuerfussperiode an die Entwicklung der Durchschnittsprämie der obligatorischen Krankenversicherung angepasst werden, sorgt dafür, dass sich dieser Bereich der Steuerabzüge dynamisch entwickeln kann, ohne dass diese jetzt laufende Diskussion ständig wiederholt werden muss. Es könnte allenfalls dazu führen, dass sich die Politik infolge wegfallender Steuereinnahmen endlich ernsthaft mit der Eindämmung der explodierenden Gesundheitskosten beschäftigt. Es könnte ja sein, dass sich die Versicherten mit den zunehmenden Konsultationen einen Teil der Prämie zurückholen – von diesem Verdacht befreit sind selbstverständlich alle, die sich mit einer ernsthaften Krankheit herumschlagen müssen.

Ein Wort noch zum Gegenvorschlag: Der Vorschlag des Regierungsrates gleicht einer «Pflasterlipolitik», welche zum Ziel hat, die Annahme der Gerechtigkeits-Initiative zu verhindern. Deshalb am 27. November JA zur Gerechtigkeits-Initiative und bei der Stichfrage die Initiative wählen.